

Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band: 123 (1995)

Rubrik: Landeschronik von Appenzell A. Rh.

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Landeschronik von Appenzell A.Rh. für das Jahr 1995

von Jürg Bühler, Herisau

Wahlen in National- und Ständerat

Turnusgemäss standen am Wochenende von 21./22. Oktober die alle vier Jahre stattfindenden Wahlen in die eidgenössischen Räte auf dem Programm. Um die beiden durch die Rücktritte von Hans Rudolf Früh (FDP) und Herbert Maeder (parteilos) freiwerdenden Nationalratssitze bewarben sich zwei Frauen und acht Männer: Ruth Tobler, Walzenhausen, und Markus Zoller, Schwellbrunn, von der SP; Armin Stoffel, Herisau, von der CVP; Stefan Ambühl, Stein, vom Gewerkschaftsbund; Dorle Vallender, Trogen, und Hansueli Schläpfer, Herisau, von der FDP; Matthias Schreier, Teufen, von der Freipartei; Jakob Freund, Bühler, und Josef Brülisauer, Herisau, von der SVP; sowie Hans Gantenbein, Speicher, als parteiloser Kandidat. Zu einer Listenverbindung kam es zwischen SP und Gewerkschaftsbund, während eine solche zwischen CVP und FDP am Nein der Freisinnigen gescheitert war. Die Wahlen endeten mit einer Überraschung: Gewählt wurden die FDP-Frau Dorle Vallender und der SVP-Mann Jakob Freund, seines Zeichens Ausserrhoder Landweibel. Damit repräsentiert erstmals seit fast 90 Jahren ein bürgerliches Duo Appenzell A.Rh. im Nationalrat. Der zweite freisinnige Bewerber Hansueli Schläpfer lag 240 Stimmen hinter Dorle Vallender zurück. Nur knapp geschlagen wurden SP und Gewerkschaften, hätte deren Listenverbindung nämlich 34 Stimmen mehr gemacht, hätte Ausserrhoden das Frauen-Duo Dorle Vallender und Ruth Tobler nach Bern gesandt.

	<i>Parteistimmen</i>		<i>Kandidatenstimmen</i>
SP	5 154	Ruth Tobler	3042
		Markus Zoller	2069
CVP	3 240	Armin Stoffel	3224
Gewerkschaftsbund	2 307	Stefan Ambühl	2306
FDP	12 401	Dorle Vallender	6252
		Hansueli Schläpfer	5991
Freiheitspartei	3 032	Matthias Schreier	3030
SVP	7 494	Jakob Freund	4041
		Josef Brülisauer	3282
Liste 7	405	Hans Gantenbein	398

Keine grossen Wellen warf die Wahl in den Ständerat. Dem sich zur Wiederwahl stellenden Otto Schoch, Herisau, stand kein Gegenkandidat gegenüber, so dass dieser mit 6467 Stimmen (1143 Stimmen entfielen auf Vereinzelte) klar wiedergewählt wurde. Die Stimmbeteiligung war mit 49 Prozent 4,5 Prozent höher als vor vier Jahren. Die Ständeratswahl war die letzte an der Urne. In der an der Landsgemeinde angenommenen neuen Kantonsverfassung ist nämlich festgelegt, dass der Ausserrhoder Standesvertreter in Zukunft an der Landsgemeinde gewählt werden wird.

Ausserrhoder Ständeratspräsident

Eine grosse Ehre erfuhr der Ausserrhoder Ständerat Otto Schoch im Dezember 1995: Die Kleine Kammer wählte ihn am 5. Dezember mit 41 von 42 gültigen Stimmen zum Ständeratspräsidenten für das Jahr 1996. Otto Schoch ist nach Johann Jakob Hohl (1896), Johannes Baumann (1920/21) und Walter Ackermann (1946/47) der vierte Ausserrhoder auf dem Präsidentenstuhl des Ständerates. Nach der Wahl warb Otto Schoch in seiner Antrittsrede für Toleranz und Verständnis gegenüber Andersdenkenden und rief die Kleine Kammer zu konstruktiver Kompromissbereitschaft auf. Am 6. Dezember wurde der neue Ständeratspräsident dann zusammen mit seiner Frau Silvia in seiner Wohngemeinde Herisau festlich empfangen. Nach der Ankunft des Extrazuges formierte sich ein feierlicher Umzug mit zahlreichen Gästen zur evangelischen Kirche, wo der eigentliche Festakt stattfand. Landammann Hans Höhener sagte vor den rund 270 geladenen Gästen in der Kirche, wer Otto Schoch kenne, wisse, dass er seine politischen Aufgaben als engagierter liberaler Politiker ernst nehme, und dass er auch einmal quer stehen könne. Der neue Ständeratspräsident selber betonte in seiner Rede, dass es für einen Politiker wichtig sei, zu Hause stabil und krisensicher verankert zu sein. Bundesrat Arnold Koller überbrachte Otto Schoch die Glückwünsche des Bundesrates. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt in der Kirche von einer Appenzeller Streichmusik in Grossformation.

Eidgenössische Abstimmungen

Neben den Gesamterneuerungswahlen für den National- und Ständerat hatten die Stimmberechtigten 1995 noch an zwei Wochenenden zu eidgenössischen Vorlagen Stellung zu nehmen. Am meisten diskutiert wurden dabei die drei Landwirtschaftsvorlagen. Diese wurden, was nicht unbedingt erwartet worden war, auf gesamtschweizerischer Ebene abgelehnt. In Ausserrhoden wurden die drei Vorlagen noch stärker verworfen, als dies im Durchschnitt in den übrigen Kantonen geschah. Auch bei den

übrigen eidgenössischen Vorlagen deckte sich das Ergebnis von Ausser-
rhoden jeweils mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

		<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
12. März	Verfassungsartikel zur Landwirtschaft	6 690	8 962
	Revidierter Milchwirtschaftsbeschluss	5 568	10 991
	Solidaritätsabgaben	5 180	11 371
	Ausgabenbremse	13 782	2 585
25. Juni	10. AHV-Revision	10 673	5 114
	AHV-Initiative	2 951	12 693
	Erwerb von Grundstücken durch Ausländer	6 051	9 641

Staatsrechnung 1995

Die Laufende Rechnung 1995 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 828 000 Franken ab. Das bedeutet gegenüber dem budgetierten Defizit von 6,85 Millionen Franken einen um 7,6 Millionen Franken besseren Abschluss, dies bei Gesamtaufwendungen von 236,5 Millionen Franken. Dieser höchste Besserabschluss seit vielen Jahren ist nach den Worten von Finanzdirektorin Marianne Kleiner umso bemerkenswerter, als die Einnahmen aus der Landessteuer sogar noch um 1 Million Franken unter den Budgeterwartungen blieben. Bei den Ausgaben konnten demnach rund 9 Millionen Franken gespart werden, waren doch 1995 kaum Mehrerträge zu verzeichnen. Zum Besserabschluss trugen in besonderem Masse das geringere Betriebsdefizit der Kantonalen Psychiatrischen Klinik und Einsparungen beim Personalaufwand, ein aus Sparmassnahmen resultierender Minderaufwand bei den Zinsen sowie eine tiefere Finanzkraftseinstufung bei; dazu haben auch verschiedene im Laufe des Jahres eingeleitete Sparmassnahmen Wirkung gezeigt. – Die Nettoinvestitionen liegen mit rund 29 Millionen Franken um knapp 4 Millionen Franken unter dem Budget. Die geringeren Nettoinvestitionen und das 7,6 Millionen Franken bessere Ergebnis der laufenden Rechnung ermöglichten einen Finanzierungsfehlbetrag von nur 6,6 Millionen Franken, budgetiert war ein solcher von 20,5 Millionen Franken. Die Nettoverschuldung des Kantons stieg per Ende 1995 auf 58 Millionen Franken an; der Finanzplan rechnete für den gleichen Zeitpunkt mit einer Nettoverschuldung von rund 62 Millionen Franken.

Kantonsrat und Landsgemeinde

Wichtigstes politisches Geschäft im Verlaufes des Jahres war die Verab-

scheidung der totalrevidierten Kantonsverfassung sowohl im Kantonsrat als auch an der Landsgemeinde in Hundwil durch das Stimmvolk.

Die definitive Verabschiedung der neuen Kantonsverfassung zuhanden der Landsgemeinde war das wichtigste Geschäft der Kantonsratssitzung vom 20. Februar. Mit 57:3 Stimmen wurde die totalrevidierte Verfassung in zweiter Lesung gutgeheissen. Nach einer längeren Debatte wurde allen Versuchen, Urnenabstimmungen zu ermöglichen, eine Absage erteilt. Grössere Änderungen brachte die zweite Lesung nicht mehr. Überraschend wurde indessen der Artikel zur Schaffung einer kantonalen Ombudsstelle gestrichen. – Diskussionslos wurde – ebenfalls in zweiter Lesung – das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung mit 57:0 Stimmen an die Landsgemeinde überwiesen. – Dem Gesetz über die Gebäude- und Grundstückversicherung (Assekuranzgesetz) wurde in zweiter Lesung mit 58 Ja bei einer Enthaltung zugestimmt. Abgelehnt wurde dabei ein Antrag, aufgrund neuer wissenschaftlicher Studien doch die Möglichkeit zur Aufhebung des Monopols der kantonalen Gebäudeversicherung zu schaffen. – Mit 57:1 Stimmen passierte in zweiter Lesung das separat vorgelegte Feuerschutzgesetz. Im Gegensatz zur ersten Lesung blieb praktisch unbestritten, dass Samariter von der Abgabe befreit bleiben. Ein Antrag, die Befreiungsgründe generell den Gemeinden zu überlassen, wurde abgelehnt. – Relativ knapp, mit 31:23 Stimmen, überstand die Landsgemeindevorlage zum Gesetz über Erwerbsersatzleistungen für finanzschwache Eltern die zweite Lesung. Dabei wurde die Karenzfrist von sechs Monaten wieder gestrichen. – Diskussionslos schaffte mit 55:1 Stimmen die Neuordnung der unentgeltlichen Rechtspflege im Zivil- und Strafverfahren die Hürde der zweiten Lesung und kommt nun vor die Landsgemeinde. Mit 55:0 Stimmen wurde der Änderung des Gesetzes über das kantonale Strafrecht (Verjährungsfristen) zugestimmt. Auch dieses Geschäft muss noch vor die Landsgemeinde. – Ohne jegliche Diskussion wurde einer Teilrevision der Verordnung über die Pensionskasse für das Staatspersonal zugestimmt, die weiter am Leistungsprimat festhält.

Die oppositionslose Genehmigung der erneut positiv abschliessenden Staatsrechnung 1994 war das wichtigste Geschäft der Sitzung des Kantonsrates am 13. März. Sie schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 3,25 Millionen Franken ab und ist um 2,35 Millionen Franken günstiger ausgefallen als das Budget. Hervorgehoben wurde, dass das gute Resultat nicht durch höhere Steuereinnahmen wie in früheren Jahren, sondern weniger Ausgaben und damit dank Sparanstrengungen zustande gekommen ist. Zu einigen Diskussionen Anlass gab der anhaltende Rückgang der Pflage tage in der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK). Sanitätsdirektorin Alice Scherrer erklärte dazu, dass Fragen rund um die KPK in Prüfung seien. – Rechnung und Bericht der Ausserrhoder Kantonalbank fanden einstimmig die Genehmigung durch den Kantonsrat, dem zum

letzten Mal Rechnung und Bericht in der jetzigen Form vorgelegt wurden. Gemäss neuem Kantonalbankgesetz übt in Zukunft nicht mehr das kantonale Parlament die Oberaufsicht über das Institut aus. – Der Kantonsrat billigte ebenfalls einstimmig Geschäftsbericht und Rechnung der Assekuranz von Appenzell Ausserrhoden. – In zweiter Lesung hat der Kantonsrat das Finanzhaushaltsgesetz zuhanden der Landsgemeinde verabschiedet. Das Gesetz gilt für den Kanton und die Gemeinden und verpflichtet diese zu einer mittelfristig ausgeglichenen Rechnung. – Der Kantonsrat hat im weiteren die Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung verabschiedet. Darin wird festgelegt, aufgrund welcher Kriterien Prämien verbilligt werden und dass die Auszahlung der Verbilligungen über die Kassen passieren muss.

Die im Verhältnis eins zu drei erfolgte Annahme der totalrevidierten Ausserrhoder Kantonsverfassung war der wichtigste Entscheid der Landsgemeinde am 30. April in Hundwil. Die Landsgemeinde fand bei bedecktem Himmel, aber ohne Regen statt und war durchschnittlich besucht. Mit Ausnahme des Gesetzes über Erwerbsersatzleistungen an finanzschwache Eltern wurden alle Sachvorlagen mit jeweils nur vereinzelten Gegenstimmen gutgeheissen. Bestätigt wurden die Regierungsmitglieder Ernst Graf, Hans Höhener, Hanswalter Schmid, Werner Niederer, Ueli Widmer, Marianne Kleiner und Alice Scherrer. Sichtbare Gegenstimmen erhielten die Regierungsräte Hanswalter Schmid, Hans Höhener und Ueli Widmer, bei den andern waren nur vereinzelte Gegenstimmen sichtbar. Bestätigt wurde auch Landammann Hans Höhener, ebenfalls gerufen wurde Werner Niederer. Alle sich zur Wiederwahl stellenden Mitglieder des Obergerichts, des Verwaltungsgerichts und der Landweibel wurden ebenfalls mit klaren Ergebnissen bestätigt. – Nachdem die Staatsrechnung 1994 mit nur vereinzelten Gegenstimmen gutgeheissen worden war, stand die Abstimmung über die neue Kantonsverfassung an. Weil in der neuen Verfassung keine Möglichkeit vorgesehen ist, über kantonale Belange auch an der Urne zu entscheiden, erwuchs der Verfassung im Vorfeld der Landsgemeinde noch Opposition. Schon nach dem ersten Ausmehren stand aber fest, dass in Ausserrhoden die geltende Verfassung aus dem Jahre 1908 durch eine neue Kantonsverfassung ersetzt wird. Mit jeweils nur wenigen Gegenstimmen wurden anschliessend das Finanzhaushaltsgesetz, das Assekuranzgesetz und das Feuerschutzgesetz gutgeheissen. Nicht ganz unerwartet gescheitert ist an der Landsgemeinde das Gesetz über Erwerbsersatzleistungen an finanzschwache Eltern, welchem bereits im Kantonsrat Widerstand erwachsen war. Dreimal musste ausgemehrt werden, bis definitiv feststand, dass eine Mehrheit der Ausserrhoderinnen und Ausserrhoder kein Gesetz will, gemäss dem Kanton und Gemeinden während eines Jahres Beiträge an Eltern ausrichten sollten, die durch die Geburt eines Kindes in eine finanzielle Notlage geraten waren. Unbestritten waren abschliessend das Einführungsgesetz zum Raumplanungs-

gesetz, der Beschluss über die Neuordnung der unentgeltlichen Rechtspflege sowie die Verdoppelung der Verjährungsfrist im kantonalen Strafrecht.

Im Vorfeld der Landsgemeinde war von Gegnern der neuen Kantonsverfassung beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde gegen die Entscheide der Landsgemeinde eingereicht worden. Die Beschwerdeführer argumentierten, das Abstimmungsverfahren an der Landsgemeinde stehe im Widerspruch zu den Stimm- und Wahlrechtsgarantien, wie sie in der Bundesverfassung festgehalten seien. Sie verlangten, dass die Beschlüsse des Kantonsrates und des Regierungsrates über die Verfassungsabstimmung aufzuheben seien, zudem sollte der Beschwerde aufschiebende Wirkung zukommen. Das Bundesgericht hat mit seinem am 12. April bekanntgewordenen Entscheid beide Begehren abgelehnt und damit die Beschwerde auch materiell abgewiesen.

Landammann Hans Höhener eröffnete verfassungsgemäss die konstituierende Sitzung des Kantonsrates am 19. Juni. In seinen Ausführungen kritisierte er den Bund, der vor allem die kleineren Ostschweizer Kantone offenbar kaum mehr zur Kenntnis nehme. Als Beispiele führte der Landammann die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und die mangelhafte Radioversorgung an. Erstmals im Kantonsparlament sassen die neugewählten Hans Knöpfel, Urnäsch; Hansruedi Müller, Stein; Mathias Eisenhut, Gais; Rolf Degen, Rehetobel; Johannes Rieder, Grub; Elsbeth Gähler, Lutzenberg, und Ruth Tobler, Walzenhausen. Der Frauenanteil im Rat war nach den Ersatzwahlen auf 17,5 Prozent gestiegen. – Hans Schär, Stein, wurde einstimmig zum neuen Präsidenten des Kantonsrates gewählt. Er ersetzt den nach zwei Amtsjahren zurückgetretenen Heinz Keller, Grub. Vizepräsident wird Urs Tischhauser, Bühler. Als erste Stimmenzählerin rückt Elisabeth Kunz, Herisau, auf. Zweiter Stimmenzähler wird Josua Bötschi, Heiden. Als dritter Stimmenzähler neu im Büro Einsitz nimmt Hans Altherr, Trogen. In verschiedenen Kommissionen mussten Demissionäre ersetzt werden. So erhielt die Staatswirtschaftliche Kommission mit Konrad Frischknecht, Herisau, einen neuen Präsidenten. Bei Kampfwahlen setzten sich in der Finanzkommission Walter Nyffeler, Herisau, und in der Wahlvorbereitungskommission für das Kantonsgericht Rainer Isler, Teufen, durch. Für den zurückgetretenen Walter Sturzenegger, Herisau, wurde der Jurist Philipp Ludwig, Herisau, neu ins Kantonsgericht gewählt. – Nach kurzer Diskussion wurde die 38. Serie der Objekt- und Rahmenkredite für den Strassenbau mit einer Gesamtsumme von 7,31 Millionen Franken einstimmig genehmigt. – Mit einer Gegenstimme hiess der Rat die 6. Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen St. Gallen, Ausserrhoden und Thurgau einerseits und der Bodensee-Toggenburg-Bahn andererseits gut. Dabei geht es um den Ausbau des Depots Herisau und um die Modernisierung von Fahrzeugen. Einstimmig erfolgte die Absegnung der 2. Vereinbarung zwischen

dem Bund und den Kantonen Ausserrhoden und St.Gallen einerseits und der Rorschach–Heiden-Bergbahn andererseits. Dabei geht es um die Anschaffung eines neuen Triebwagens. – In seiner Antwort auf eine Interpellation von Kantonsrat Hanspeter Lanker, Speicher, wandte sich Erziehungsdirektor Hans Höhener gegen kantonsrätliche Richtlinien für die Klassengrößen. Flexible, der Situation angepasste Lösungen in den Gemeinden brächten mehr als starre Zahlen.

Das Ja zu einer neuen Schule für Gesundheits- und Krankenpflege auf dem Areal der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (KPK) in Herisau und die Zustimmung zu höheren Motorfahrzeugsteuern standen im Mittelpunkt der Sitzung des Kantonsrates vom 4. September. Die bisherige Schule für psychiatrische Krankenpflege soll auf den Spätherbst 1996 in eine Schule für Gesundheits- und Krankenpflege umgewandelt werden. Nach eingehender Diskussion stimmte der Rat einem entsprechenden Antrag der Regierung zu. Ein breiteres Ausbildungsangebot und eine Loslösung von der Psychiatrischen Klinik sollen zu einer attraktiveren Ausbildung führen, sagte Sanitätsdirektorin Alice Scherrer. Nach dem neuen Ausbildungskonzept des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) sollen künftig Pflegepersonen nicht in erster Linie für bestimmte Teilbereiche wie Kinderkrankenschwester, Psychiatrieschwester oder Gemeindegemeinschaftschwester ausgebildet werden. Vielmehr sollen Generalistinnen und Generalisten geschult werden. Das neue Angebot soll mit seiner vierjährigen Ausbildung zum höheren der beiden vom SRK anerkannten Diplome führen. Ein Antrag, wonach die Kantonsspitäler Herisau und Heiden zur Übernahme von Praktikantinnen verpflichtet werden sollten, wurde ebenso verworfen wie ein weiterer Antrag, der auch eine Ausbildung zur tieferen Diplomstufe (drei Jahre) forderte. – Die Motorfahrzeugsteuern sollen ab 1996 zwischen 7,69 und 19,05 Prozent (im Durchschnitt um knapp 10 Prozent) erhöht werden. Ursprünglich war eine Erhöhung – mit Systemwechsel von der Hubraum- zur Gesamtgewichtsbesteuerung – erst für 1998 vorgesehen gewesen. Die aktuelle Finanzsituation bewog die Regierung indes, die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer vorzuziehen. Mit der entsprechenden Verordnungsänderung sollen Mehreinnahmen von rund einer Million Franken erzielt werden. Ein Antrag auf Nichteintreten wurde mit deutlichem Mehr abgelehnt. – Ausserdem diskutierte der Kantonsrat die Sach- und Terminplanung der Regierung für 1996 bis 1999. Im Sinne einer strategischen Zielsetzung hatte die Regierung beschlossen, das Haushaltsgleichgewicht ohne Steuerfusserhöhung herbeizuführen. Mit dem schönen Steuerparadies müsse aufgeräumt werden, forderte ein Ratsmitglied; ihm widersprachen andere Ratsmitglieder. Ausserrhoden sei längst kein Steuerparadies mehr. Sie warnten vor weiteren Steuererhöhungen.

An der Kantonsratssitzung vom 23. Oktober stand die Volksinitiative über die Einführung der 5-Tage-Woche an den Ausserrhoder Schulen im

Vordergrund. Nach längerer Diskussion beschloss der Rat in erster Lesung mit 34 zu 28 Stimmen, das entsprechende Volksbegehren der Landsgemeinde zur Annahme zu empfehlen. Abgelehnt hat der Rat den regierungsrätlichen Antrag, den schulfreien Samstag über eine Änderung des Schulgesetzes einzuführen. Bereits vor zwei Jahren hatte die Regierung die Einführung der Fünf-Tage-Woche an den Schulen beantragt. Der Kantonsrat lehnte indes damals eine dazu notwendige Änderung der Schulverordnung knapp ab. Daraufhin wurde eine Initiative zugunsten des unterrichtsfreien Samstags eingereicht. – Unbestritten blieb im Kantonsrat die Revision des Gesetzes über die Politischen Rechte. Es geht dabei vor allem um notwendige Anpassungen an die neue Kantonsverfassung. – Der Kantonsrat hat im weiteren die teilrevidierte Verordnung über die Kantonsschule genehmigt. Damit kann an der Kantonsschule in Zukunft auch die kaufmännische Berufsmaturität angeboten werden. Im Rat war dem Vorhaben Opposition erwachsen, weil eine Konkurrenzierung der BMS Herisau befürchtet wurde. Abänderungsanträge wurden jedoch abgelehnt. – Ohne Gegenstimme und nach Gutheissung einiger kleinerer Änderungen hat der Kantonsrat die Verordnung über die Gebäude- und Grundstückversicherung (Assekuranzversicherung) genehmigt. – Wenig zu reden gab im Rat die Verordnung über den Feuerschutz (Feuerschutzverordnung), die ohne Gegenstimme gutgeheissen wurde. Massgebend dafür ist das Gesetz über den Feuerschutz. – Längere Zeit debattierte der Rat über eine Änderung der Angestelltenverordnung, wobei vor allem die Frage des Teuerungsausgleichs und des Ruhestandsalters Anlass zu Diskussionen gab. Die Vorlage wurde bei 6 Gegenstimmen gutgeheissen, aber angesichts der Komplexität der Materie schliesslich einer zweiten Lesung unterstellt. – Als Ersatz für Urs Früh, Heiden, Herbert Furrer, Teufen, und Hanspeter Walser, Urnäsch, wählte der Rat Ruth Betschon-Schürch, Heiden, Jessica Kehl-Lauff, Grub, und Christian Nänny, Bühler, zu eidgenössischen Geschworenen.

Fünf Landsgemeindevorlagen hat der Kantonsrat an der Sitzung vom 13. November in erster Lesung verabschiedet. Ohne Gegenstimmen hat der Rat das neue Waldgesetz verabschiedet. Diskutiert wurde dabei auch über das Gentechnik-Verbot, das aufrechterhalten wird. – Nach zäher Debatte über die Rolle der Medien und zahlreichen (meist erfolglosen) Abschwächungsanträgen wurde das Informationsgesetz bei vier Gegenstimmen verabschiedet. Im Zentrum steht der Wechsel vom Geheimhaltungs- zum Öffentlichkeitsprinzip. Betroffene erhalten vermehrt das Recht zur Akteneinsicht. – Bei einer Gegenstimme wurde als weiteres Landsgemeindegeschäft das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz durchberaten. Dabei wurde der Anteil der Gemeinden an der Prämienverbilligung von bisher einem Drittel auf die Hälfte der Kosten erhöht, die der Kanton aufzubringen hat. – Keine Wellen warfen die Ergänzung der Strafprozessordnung im Bereich des Jugendstrafrechts und

der Beschluss über die Änderungen der Verfahrensgesetze. Beide Geschäfte sind eine Folge der neuen Kantonsverfassung. – Bei vier Gegenstimmen und nach einigen Diskussionen wurde die Änderung der Verordnung über die Besoldung der Lehrer an den Gemeindeschulen gutgeheissen. Sie bringt eine Anpassung der Löhne der Real- und Berufswahlklassenlehrer an diejenigen der Sekundarlehrer. – Im Schnellzugstempo hat der Rat Änderungen der Zivilprozessordnung und der Gebührenordnung oppositionslos gutgeheissen. Ohne Gegenstimmen gutgeheissen wurde auch die Aufhebung der Milchwirtschaftsverordnung von 1966.

Ohne Gegenstimmen gutgeheissen hat der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 11. Dezember nach rund dreistündiger Debatte das Budget 1996, das in der Laufenden Rechnung bei gleichbleibendem Steuerfuss bei einem Gesamtaufwand von 258 Millionen Franken ein Rekorddefizit von gut 8,7 Millionen Franken vorsieht. Mehrere Streichungsanträge wurden abgelehnt, und das Budget passierte lediglich mit einer geringfügigen Korrektur. Für das Defizit verantwortlich sind vor allem zwei Positionen: die Mehrausgaben, die sich für den Kanton aufgrund der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes ergeben, und andererseits die ausbleibende Dividende der Ausserrhoder Kantonalbank. – Den mit einigen Unsicherheitsfaktoren behafteten, als «sehr optimistisch» bezeichneten Finanzplan 1997 bis 1999 und den Investitionsplan 1997 bis 2001 konnte der Rat lediglich diskutieren und zur Kenntnis nehmen. Falls 1997 erneut keine Erträge der Kantonalbank zu erwarten sind, ist gemäss Finanzdirektorin Marianne Kleiner eine Steuererhöhung wohl unausweichlich. – Bei einer Gegenstimme wurde in erster Lesung die Landsgemeindevorlage eines Gesetzes über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen gutgeheissen, das im Hinblick auf die Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre geändert werden muss. Die Wohngemeinde kann weiterhin bis zum 20. Altersjahr Vorschüsse leisten. – Oppositionslos wurde in erster Lesung eine Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuer gutgeheissen. Die Vorlage ist eine Folge der Revision der Kantonsverfassung. Das letzte Wort hat ebenfalls die Landsgemeinde. – Eine mit den Sozialpartnern abgesprochene und von der Finanzdirektorin als «Kompromiss» bezeichnete Revision der Pensionskassenverordnung für das Staatspersonal und die Lehrer wurde nach ausführlichen Erläuterungen ohne Gegenstimmen gutgeheissen. – In zweiter Lesung verabschiedet hat der Rat die Teilrevision der Angestelltenverordnung. Für Diskussionsstoff sorgte die Ruhestandsregelung. Mit 27:22 Stimmen wurde ein Antrag abgelehnt, der die Formulierung der ersten Lesung wieder aufnehmen wollte, während die Regierung schliesslich erfolgreich eine flexiblere Lösung vorgeschlagen hatte, die sowohl den Altersrücktritt bei AHV-Pensionierung als auch einen (anstellungsrechtlich) geschlechtsunabhängigen Eintritt in den Ruhestand ermöglicht. – Bei zwei Gegenstimmen wurde schliesslich ein Kredit von 1,7 Millionen Franken für eine wei-

tere Sanierungsetappe und eine Nutzungsverbesserung des Fünfeckpalastes in Trogen gutgeheissen.

Verschiedenes

Jubiläen und Feste. Mit verschiedenen Anlässen hat der Industrieverein von Appenzell Ausserrhoden im Berichtsjahr das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens gefeiert. Höhepunkt war die Jubiläumshauptversammlung mit Bundespräsident Arnold Koller als Gastreferent. Dem Industrieverein gehören über 100 Unternehmungen an, die zusammen rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. – Jubiliiert hat 1995 auch der Gewerkschaftsbund von Appenzell Ausserrhoden, der sein 75jähriges Bestehen feiern konnte. An der Jubiläumsfeier betonten sowohl Vertreter von Industrie und Gewerbe als auch der Regierung die Bedeutung der Sozialpartnerschaft, für die der Gewerkschaftsbund wichtiger Partner sei. – Schliesslich feierte das Ausserrhoder Jugendparlament im Herbst noch sein fünfjähriges Bestehen. Das Jugendparlament war als Idee zum 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft gedacht, hat dann aber das Jubiläumsjahr überdauert. – Der Innerrhoder Hauptort Appenzell war am letzten Mai-Wochenende Schauplatz des achten Appenzellischen Kantonal-Musikfestes. 16 Korps aus dem Verbandsgebiet und elf Gastvereine fanden sich bei guten äusseren Bedingungen in Appenzell ein. In den Aulen des Schulhauses Gringel und des Kollegiums und im Freien stellten sich die Musikkorps den Experten. Abschliessender Höhepunkt des von rund 1200 Musikantinnen und Musikanten besuchten Festes bildeten die Rangverkündigung und der Gesamtchor am Sonntag auf dem Landsgemeindeplatz. – Im Juni stand Speicher ganz im Banne des Kantonalturfestes. An dem vom schönsten Wetter begünstigten Anlass nahmen rund 3700 Turnerinnen und Turner aus Ausser- und Innerrhoder Vereinen teil. Aktive jeden Alters beteiligten sich an den Wettkämpfen sowohl in den leichtathletischen Disziplinen als auch mit gymnastischen Vorführungen und mit Ballspielen.

Kulturelles. Auch dieses Jahr verlieh die Ausserrhodische Kulturstiftung Werk- und Förderbeiträge im Gesamtwert von 55 000 Franken. Den Förderpreis von über 15 000 Franken erhielt der Konzertpianist Peter Waters. Der gebürtige Australier wohnt bereits seit 18 Jahren im Appenzellerland und unternahm während dieser Zeit zahlreiche Konzerttourneen in Australien, Europa und Russland. Die Kulturstiftung würdigte Peter Waters als Vermittler zwischen verschiedenen Musikstilen. Die in Zürich geborene und in Speicher wohnhafte Olivia Etter erhielt als Preis einen Werkzeitbeitrag über 20 000 Franken. Markus Müller aus Teufen erhielt einen Werkpreis von 10 000 Franken für seine aus gesammelten Materialien zusammengeführten Konstruktionen und Skulpturen. Ray-

mond Rohner aus Trogen, Agronom ETH und Absolvent zweier Kunstschulen in Australien, erhielt ebenfalls einen Werkzeitbeitrag von 10 000 Franken. Er versuchte, den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Kunst zu ergründen und gleichzeitig künstlerische Aspekte auf wissenschaftlichem Weg zu erarbeiten. – Zwei bemerkenswerte Bücher sind 1995 über Appenzellisches erschienen. Im Verlag Niggli, Sulgen, erschien ein Werk über Johann Ulrich Fitzi. Der Autor, Kantonsbibliothekar Johannes Schläpfer, geht darin ausführlich auf Leben und Werk des Zeichners und Malers Johann Ulrich Fitzi ein, der von 1798 bis 1855 im Appenzellerland gelebt hat. Die zweite erwähnenswerte Neuerscheinung ist ein Buch zum Thema Kräuter und Kräfte/Heilen im Appenzellerland. Als Herausgeber zeichnet der Urnäser Arzt Walter Irniger, als Autoren trugen Roland Inauen, Erhard Taverna, Rudolf Widmer und Peter Witschi zum Gelingen des Buches bei. Das Buch erschien als fünfter Band in der Reihe Appenzeller Brauchtum und wurde mit der Auszeichnung «Schönste Schweizer Bücher 1995» bedacht.

Militärisches. Das Kantonale Zeughaus in Herisau und die Eidgenössische Waffenplatzverwaltung Herisau-Gossau werden auf Anfang 1996 zu einem eidgenössischen Betrieb mit Standort Herisau zusammengelegt. Mit diesem Entscheid des Eidgenössischen Militärdepartements fand für das Personal und Zeughaus eine wochenlange Ungewissheit ihren Abschluss. Der bisherige Waffenplatzverwalter Kurt Kägi wird die Leitung des zusammengelegten Betriebs übernehmen und während einer Übergangszeit anstelle des zurückgetretenen Bruno Frei auch jene des Kantonalen Zeughauses übernehmen. Dem für Ausserrhoden positiven Entscheid des EMD war ein längeres Hin und Her um den Standort vorausgegangen. Die Ausserrhoder und die St.Galler Kantonsregierung waren beim EMD-Vorsteher Adolf Ogi vorstellig geworden und hatten sich dafür engagiert, dass die Waffenplatzverwaltung im jeweiligen Kanton domiziliert sein wird. – Einen Wechsel gab es 1995 im Schulkommando der Inf RS St.Gallen/Herisau. Oberst i Gst Hans-Ulrich Solenthaler wurde bei seiner Verabschiedung als Schulkommandant für sein vielfältiges Wirken besonders gelobt, hat er sich doch in den letzten Jahren besondere Verdienste um die Schule St.Gallen/Herisau erworben. Erwähnung fand dabei auch sein Engagement um den neuen Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Hans-Ulrich Solenthaler wird an der Militärischen Führungsschule in Zürich Offiziere und Schulkommandanten ausbilden; 1996 wird er bei der Felddivision 7 die Funktion als Chef Ausbildung übernehmen. Die Nachfolge Solenthalers trat im Herbst Oberstlt i Gst Marco Fantoni an.

Personelles. Von Misstönen begleitet war die Wahl von Michael Auer, Speicher, zum neuen Präsidenten der Freisinnig-Demokratischen Partei von Appenzell Ausserrhoden. Opposition gegen Auers Wahl kam von der Ortspartei seiner Wohngemeinde, welche ihm seine Doppelmitgliedschaft beim «Standpunkt» und bei der FDP zum Vorwurf machte. Der «Stand-

punkt» vertrete in Gemeindegängen oft Meinungen, die der FDP zuwiderlaufen würden, wurde gegen die Wahl Auers vorgebracht. Nachdem der nach sieben Jahren abtretende Präsident Arthur Bolliger die souveräne, liberale und offene Art und die Standfestigkeit Michael Auers unterstrichen hatte, wurde dieser mit 57 zu 12 Stimmen bei acht Enthaltungen zum FDP-Kantonalpräsidenten gewählt. – An der Hauptversammlung des Appenzellischen Kantonalen Feuerwehrverbandes ist Richard Weiss als erster Innerrhoder zum Präsidenten gewählt worden. Der abtretende Kantonalpräsident Willi Rohner, Heiden, hatte den Feuerwehrverband seit 1988 präsiert. Zusammen mit Josef Sutter, Appenzell, und Arthur Sturzenegger, Reute, wurde er für seine Verdienste um das kantonale Feuerwehrwesen zum Ehrenmitglied ernannt. – Wechsel auch beim Sonntagsschulverband beider Appenzell. Nach 22 Jahren Mitarbeit, davon die letzten zehn Jahre als Präsident, trat Rolf Bänziger, Heiden, aus dem Vorstand des Sonntagsschulverbandes zurück. Seine Nachfolge im Präsidium übernahm Irene Moesch, Teufen; neu in den Vorstand gewählt wurde Elsa Fürer, Eggersriet. – In Teufen fand die Kantonaltagung der Vereinigung der Ausserrhoder Landfrauen statt. Nach sieben Jahren trat die Präsidentin Silvia Fuster, Teufen, zurück. Die rund 500 Landfrauen wählten die Schwellbrunnerin Rösli Schläpfer als neue Vorsitzende. – Wechsel im Kantonalen Sportamt von Appenzell Ausserrhoden: Nach 17jähriger Tätigkeit als Vorsteher dieser Amtsstelle wechselte Hans Schnell auf den 1. Mai zum kantonalen Amt für Berufsbildung. Neuer Vorsteher des Ausserrhoder Sportamtes wurde der Herisauer Reallehrer Erich Brassel. – Nicht ganz gewöhnlich war die Neuwahl in den Vorstand des Appenzellischen Kantonalmusikverbandes: Mit Ruth Blumer, Trogen, wurde erstmals eine Frau in dieses Gremium gewählt.

Säntis 2000. Im Mai erfolgte auf dem 2502 Meter hohen Säntisgipfel der Spatenstich für den «Säntis 2000». Auf dem Gipfel wird das Mehrzweckgebäude erweitert, um den gestiegenen Platzbedürfnissen der Telecom PTT Rechnung zu tragen. Zudem müssen die Kaverne mit den Richtstrahlverbindungen vergrössert und ein neuer Antennenturm mit einer Höhe von 113 Metern gebaut werden. Die Säntisbahn realisiert gleichzeitig wettergeschützte Publikumsräume mit freiem Ausblick, erweitert die Restauranträume, und zudem werden besucherfreundliche und rollstuhlgängige Publikumswege realisiert, welche Säntis-Besucher im Sommer und Winter problemlos zum Gipfel führen. Die Gesamtinvestitionen belaufen sich auf 80 Millionen Franken, davon entfallen rund 16 Millionen Franken auf die Säntisbahn AG.

Kantonalbank

Privatisierung und Verkauf. Das Jahr 1995 war für die Appenzell-Aus-

serrhodische Kantonalbank ein sehr bewegtes. Nachdem auf den 1. Januar die Teilprivatisierung Tatsache geworden war und die Verantwortlichen an der ersten Aktionärsversammlung im Mai in Herisau vor rund 1000 Frauen und Männern noch verhaltenen Optimismus an den Tag gelegt hatten, schockten Regierung und Bankverwaltung die Öffentlichkeit am 21. Dezember mit der erklärten Absicht, die Appenzell-Ausserrhodische Kantonalbank (ARKB) an die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) zu verkaufen. Der Verkaufsentscheid, die dafür notwendigen Gesetzesänderungen müssen noch der Landsgemeinde unterbreitet werden, ist die Folge einer über rund zehn Jahre dauernden unheilvollen Entwicklung. Vor allem in den Jahren 1985 bis 1991 betrieb die Kantonalbank eine sorglose Kreditpolitik und eine falschverstandene Wirtschaftsförderung. In den darauffolgenden Jahren mussten für Verluste, Abschreibungen und Rückstellungen insgesamt 228 Millionen Franken aufgewendet werden. Die Altlasten konnten nur unter Preisgabe der gesamten stillen und gesetzlichen Reserven bereinigt werden. Zugleich wurde aber auch klar, dass die kostenintensiven technischen Entwicklungen im Bankengeschäft und der Strukturwandel auf dem Bankenplatz Schweiz kaum auf eine Gesundung der Kantonalbank hoffen liessen. Regierung und Bankverwaltung kamen angesichts dieser Ausgangslage zum Schluss, dass nur ein Verkauf der Kantonalbank eine realistische Lösung darstelle, ein solcher sollte zudem rasch über die Bühne gebracht werden, damit nicht auch noch ein Kapitalverlust resultierte. Einhellig waren Regierung und Bankbehörden der Meinung, dass das Angebot der Schweizerischen Bankgesellschaft, das gesamte Aktienpaket der ARKB zum Preis von 180 Millionen Franken zu übernehmen, die beste Lösung darstellt. In der Bevölkerung löste die Verkaufsabsicht heftige Diskussionen aus. Wut und Zorn über das vom früheren Kantonalbankpräsidenten Alfred Kellenberger und vom entlassenen Direktor Samuel Hunziker zu verantwortende Debakel wurden laut. Die Verkaufsabsicht wurde zwar mit grossem Bedauern und einer gewissen Traurigkeit zur Kenntnis genommen, aber doch von weiten Kreisen als unumgängliche Tatsache hingenommen.

Fakten im Geschäftsjahr. Der Verkauf der ARKB an die SBG dominierte zwar das Geschäftsjahr 1995, trotzdem sei auch noch auf einige andere Vorkommnisse hingewiesen. An der ersten Aktionärsversammlung Anfang Mai gab Bankpräsident Hans-Rudolf Merz bekannt, dass Experten die Verantwortlichkeiten für die Millionenverluste und Rückstellungen klären sollten; einige Zeit später wurde der Zürcher Professor Dr. Peter Nobel mit dieser Aufgabe betraut. – Nach nur 27 Monaten trat Kantonalbank-Direktor Gallus Erne aus persönlichen Gründen auf Ende Mai von seinem Posten zurück. Seine Nachfolge übernahm Charles Lehmann, bisher Leiter des Bereichs Kommerz bei der ARKB; neuer Leiter des Kommerzbereichs wurde im September Ruedi Burkart. – Erwähnenswert auch noch die erfolgreiche Umnutzung der gescheiterten Schmerzklinik

Rheinburg in Walzenhausen als Rehabilitationsklinik. Gegen Ende Jahr gründeten der neue Rheinburg-Verwaltungsratspräsident Emil Ramsauer und Chefarzt Martin Rutz eine Betriebsgesellschaft, während die Liegenschaft noch im Besitze der ARKB bleibt. – Schliesslich wurde Ende 1995 die mehr als drei Jahre dauernde langwierige und emotionsgeladene Auseinandersetzung mit Norbert A. Gschwend (Gloria International) durch einen Vergleich beendet. Alle Zivilprozesse sind erledigt und gegenseitige Forderungen wurden verrechnet; über den Wortlaut des Vergleichs wurde Stillschweigen vereinbart.

Geschäftsergebnis 1995. Das operative Ergebnis fiel mit einem Gewinn von 13 Millionen Franken (ohne Berücksichtigung von Verlusten, Abschreibungen und Rückstellungen) besser aus als 1994. Dies vor allem dank den höheren Erträgen aus dem Wertschriftengeschäft. Nicht zu befriedigen vermochte das angestammte Zinsengeschäft, das im Vergleich zum Vorjahr drei Millionen Franken weniger einbrachte. Das schmale Gewinnpolster wurde jedoch durch die Risikoentwicklung im zweiten Semester sowie ausserordentliche Verluste und Abschreibungen von rund 48 Millionen Franken rasch aufgebraucht. Weil keine Reserven mehr vorhanden waren und das im Laufe des Jahres erwirtschaftete für die nötigen Rückstellungen nicht ausreichte, resultierte schliesslich ein Verlust von rund 35 Millionen Franken, der den gesetzlichen Reserven belastet wurde. Aufgrund dieses negativen Ergebnisses konnte für das gesamte Aktienkapital von 180 Millionen Franken erneut keine Dividende ausgeschüttet werden. Die Bilanzsumme nahm 1995 um 175,7 Millionen Franken (5,4 Prozent) auf 3084,9 Millionen Franken zu. Die Kundenausleihungen liegen 1,3 Prozent unter dem Vorjahresstand. Einen Zuwachs verzeichneten die festen Vorschüsse und Darlehen (13,4 Mio. Franken) und die Hypothekaranlagen (29 Mio. Franken), während die übrigen Positionen zurückgingen. Bankendebitoren, Wertschriften und Dauernde Beteiligungen wurden bewusst abgebaut. Auf der Passivseite sticht der Zuwachs bei den Depositengeldern um 56,9 Millionen Franken (+16,4 Prozent) hervor. Die Spareinlagen holten in der zweiten Jahreshälfte erheblich auf, nachdem sie sich bis Mitte Jahr rückläufig entwickelt hatten. Die Abnahme bei den Positionen mit Festzinsbindung erstaunt angesichts der unattraktiven Zinssätze nicht. Insgesamt nahmen die Kundengelder 1995 um 140,5 Millionen Franken (5,6 Prozent) ab. Mit den bereits erwähnten zusätzlichen Rückstellungen erhöhten sich die gesamten Rückstellungen (Delkredere und andere) auf rund 97 Millionen Franken.

Wirtschaft

Auch im Geschäftsbericht 1995 der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank wird ausführlich auf die wirtschaftliche Situation im Kanton

eingegangen. Diesem Bericht sind die nachfolgenden Ausführungen in leicht gekürzter Form entnommen.

Der im Jahre 1994 in Ausserrhoden festgestellte Aufschwung der Wirtschaft fand 1995 keine Fortsetzung. Ja, es erfolgte nicht einmal eine Konsolidierung auf dem erreichten Niveau. Gemäss den letzten Arbeitsmarkterhebungen des Industrievereins von Appenzell Ausserrhoden sank der Anteil der Firmen mit einem guten Arbeitsvorrat innerhalb eines Jahres von 39 Prozent über 37 Prozent auf 27 Prozent. Dies deckt sich mit den Erhebungen der Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich, welche feststellen musste, dass 26 Prozent gegenüber 17 Prozent der Betriebe der Kantone St.Gallen und Appenzell beider Rhoden ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr zurücknahmen. Da sich die Zahl der Firmen mit einer überhöhten Fertigungskapazität in der gleichen Periode von 12 auf 17 Prozent erhöhte, überrascht es nicht, dass nur noch bei 12 Prozent der Unternehmen eine Verbesserung der Ertragslage festgestellt werden konnte. 32 Prozent mussten dagegen eine weitere Verschlechterung in Kauf nehmen und ihre Preise sowohl im In- als auch im Ausland nach unten anpassen. Unverändert 68 Prozent hielten sie stabil. Für die Mehrheit der appenzell-ausserrhodischen Betriebe kam diese Trendwende zwar nicht überraschend. Gleichwohl fiel die Entwicklung für 23 Prozent der Befragten schlechter aus als erwartet, und mit einer baldigen Besserung ist nicht zu rechnen. Insgesamt muss somit das Fazit gezogen werden, dass die ausserrhodische Wirtschaft für das Jahr 1995 mehr erwartet hatte, als tatsächlich realisiert werden konnte.

Arbeitsmarkt

Das Ausbleiben eines eigentlichen Konjunkturaufschwungs bewirkte auch, dass auf dem Arbeitsmarkt keine weitere Entspannung mehr eintrat. Zwar konnte die Zahl der offenen Stellen teilweise abgebaut und die erwartete Beschäftigungszunahme im Industriebereich weitgehend realisiert werden, weitere Rationalisierungsmassnahmen im gewerblichen und Dienstleistungsbereich führten aber dazu, dass nicht mehr alle frei gewordenen Stellen zur Neubesetzung ausgeschrieben wurden. So sank die Zahl der Arbeitslosen in Appenzell Ausserrhoden im Juni 1995 vorübergehend bis auf 465, Ende Jahr mussten mit 530 Personen aber nur gerade zehn Beschäftigungslose weniger ausgewiesen werden als im Dezember 1994. Gleichwohl lag die Arbeitslosenrate mit 2,0 Prozent weiterhin deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 4,3 Prozent. Gesunken ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der Ausgesteuerten. Waren Ende 1994 noch 137 Personen oder 25 Prozent seit über einem Jahr ohne Arbeit, so waren es im Dezember 1995 nur noch 80 bzw. 15 Prozent. Ausgesteuert wurden im gleichen Zeitraum noch 86 Personen gegenüber 159 im Vorjahr.

Wirtschaftsstruktur

Mit Bezug auf die Beschäftigung war im Berichtsjahr im industriellen Bereich im Gegensatz zur übrigen Schweiz eine leichte Zunahme um 0,9 Prozent festzustellen, wogegen im Dienstleistungssektor eine Abnahme um 3,7 Prozent resultierte. Zugelegt haben im zweiten Sektor vor allem der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau sowie die Elektronik, Elektrotechnik und Optik, wogegen die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Holz- und Möbelindustrie sowie das übrige verarbeitende Gewerbe eine Abnahme zu verzeichnen hatten. Im dritten Sektor war bei den persönlichen Dienstleistungen, im Reparaturgewerbe, im Gesundheitswesen und bei der öffentlichen Wohlfahrt eine gewisse Zunahme zu verzeichnen, die aber den Rückgang vor allem im Handel, im Gastgewerbe und bei den Versicherungen nicht ganz wettzumachen vermochte.

Land- und Forstwirtschaft. Die Ertragslage in der Landwirtschaft war auch 1995 ungenügend. Zwar blieb der Milchpreis mit 97 Rp. je kg stabil, doch sanken die Schlachtviehpreise für Rinder von Fr. 5.25 pro kg Lebendgewicht auf Fr. 4.63, für Mastkälber von Fr. 8.20 auf Fr. 7.51, für Kühe von Fr. 4.26 auf Fr. 3.72 und für Schlachtschweine von Fr. 4.14 auf Fr. 3.47. Diese Einkommensverluste konnten durch die Erhöhung der Direktzahlungen des Bundes von insgesamt 23,7 Millionen Franken auf 24,3 Millionen Franken nur teilweise wettgemacht werden. Dies vor allem deshalb, weil die durchschnittliche Erhöhung pro Betrieb aufgrund der Sparmassnahmen der öffentlichen Hand nur gerade 2,2 Prozent betrug. Fast die Hälfte der Subventionen wurde 1995 wie schon im Vorjahr als ergänzende Direktzahlung zum teilweisen Ausgleich wegen Preissenkungen ausgerichtet (110,6 Millionen Franken). Erst dann kamen die Rindviehhalter-Beiträge für Bauern im Berggebiet (6,6 Millionen Franken), die Bewirtschaftungsbeiträge für Hang- und Steillagen (2,7 Millionen Franken) sowie die Beiträge für Kuhhalter ohne Verkehrsmilchproduktion (2,4 Millionen Franken). Ergänzt wurden diese Direktzahlungen des Bundes durch Abgeltungen ökologischer Leistungen (1,2 Millionen Franken), die Kompensation von Nutzungsbeschränkungen auf bedeutenden Naturschutzflächen (0,3 Millionen Franken) und die Ausrichtung von Sömmerungsbeiträgen (0,5 Millionen Franken). Den zunehmenden Einkommensrückgang in der Landwirtschaft versuchten die Bauern auch in Appenzell Ausserrhoden mit einer stärkeren Ausrichtung auf eine ökologischere und tiergerechtere Produktion zu begegnen. So stieg die Zahl der Betriebe mit Integrierter Produktion 1995 von 52 auf 86 und diejenige mit kontrollierter Freilandhaltung von 119 auf 150. Im gleichen Zeitraum erhöht hat sich auch der Bestand an Bio-Bauern, und zwar von 42 auf 55. Eine Verflachung dieses Trends ist dabei nicht abzusehen. So wollen 1996 gut 270 weitere Betriebe auf die Integrierte Produktion, rund 100 auf die kontrollierte Freilandhaltung und etwa 70 auf den biologischen Anbau

umstellen. Bis Ende Jahr dürften so über 60 Prozent der Appenzeller Bauern in eines der drei aufgeführten Produktionsprogramme integriert und damit für zusätzliche Direktzahlungen anspruchsberechtigt sein.

Weiterhin defizitär gearbeitet wurde 1995 in der Forstwirtschaft. Die Holzpreise haben sich seit langem dem internationalen Niveau angepasst. Nach dem Höchststand von 1982 bewegen sie sich heute wieder auf dem Niveau der sechziger Jahre, wogegen die Arbeitslöhne weiter gestiegen sind. Dazu kommt, dass aus dem Wald nur das Produkt Holz verkauft werden kann, wogegen die Wohlfahrts- und Schutzfunktionen, wie sie etwa auf dem Gebiet des Trinkwassers, der Bodenerosion, der Erholung oder der Gesundheitsvorsorge zum Tragen kommen, als selbstverständlich betrachtet werden und demzufolge keinen in Franken oder Rappen direkt messbaren Ertrag abwerfen.

Textilindustrie. Nach einer vorübergehenden Verbesserung im 3. Quartal 1994 fiel der Geschäftsgang der appenzellischen Textilindustrie in der ersten Hälfte des Berichtsjahres auf das alte unbefriedigende Niveau zurück. Die Entwicklung verlief schlechter als erwartet, und rund ein Viertel der befragten Firmen meldete einen unbefriedigenden Arbeitsvorrat. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres war dann wieder eine leichte Erholung festzustellen, womit der typische Wellengang dieser Branche eine Fortsetzung fand. Verantwortlich dafür waren vor allem konjunkturelle Ursachen. So führte die europaweit feststellbare Verunsicherung der Konsumenten über die Wirtschafts- und Lohnentwicklung zu einer ausgeprägten Konsumzurückhaltung. Diese rückläufigen Textildetailhandelsumsätze bewirkten tiefere Bestellungen bei den Produzenten, was wiederum Kurzarbeit, unausgelastete Kapazitäten und einen unerbittlichen Konkurrenzkampf zur Folge hatte. Dazu kam, dass die zur Hauptsache auf den europäischen Märkten tätige Textilindustrie nach wie vor unter dem starken Schweizer Franken und den Auswirkungen des schweizerischen Alleingangs zu leiden hat.

Holzverarbeitung. Die appenzellische Holz- und Möbelindustrie, die 1994 noch eine kräftige Belebung des Geschäftsgangs verzeichnete, konnte das befriedigende Ergebnis nicht über das ganze Berichtsjahr hinweg halten. Insbesondere in der zweiten Hälfte musste wieder eine Verschlechterung konstatiert werden. Dieser Rückgang dürfte damit zusammenhängen, dass die Branche stark mit dem Baugewerbe verbunden ist. Die kräftige Steigerung des Wohnungsbaus auch in Appenzell Ausser rhoden verhalf der Holz- und Möbelindustrie somit lediglich zu einem Zwischenhoch. Der Arbeitsvorrat verschlechterte sich wieder, und die Kapazitätsauslastung lag mit 80 Prozent unter dem schweizerischen Durchschnitt. Gleichwohl konnten verschiedenenorts auch bedeutende Investitionen getätigt werden, welche sich aber vor allem auf die Verbesserung der technischen Infrastruktur konzentrierten und damit noch kaum auf die Beschäftigung niederschlugen.

Papierverarbeitung und Graphische Industrie. Das Graphische Gewerbe ist in der Ostschweiz beschäftigungsmässig untervertreten, da die grossen national tätigen Verlage im Raum Zürich–Basel–Bern sowie in der Westschweiz ansässig sind. Davon abgesehen litten die fast ausschliesslich binnenmarkt-orientierten appenzellischen Betriebe stark unter den bestehenden Überkapazitäten und dem ruinösen Preiskampf der Unternehmer. In einem Fall liess sich der Konkurs und die Gründung einer Auffanggesellschaft denn auch nicht vermeiden. Aber auch die als übersättigt geltenden Märkte, die Konkurrenz durch die elektronischen Medien sowie die seit vergangenem Jahr stark anziehenden Papierpreise machten der Branche zu schaffen. Positiv zu Buche schlug dagegen die wieder leicht wachsende Binnenwirtschaft, welche das Volumen der Stellen- und Werbeinserate im ersten Halbjahr 1995 ansteigen liess.

Verarbeitung von Kunststoff, Kautschuk und Leder. Der seit Mitte 1993 nach oben tendierende Geschäftsgang in der kunststoffverarbeitenden Industrie erfuhr nach einer vorübergehenden Konsolidierung in der ersten Hälfte 1995 erstmals wieder eine Verschlechterung. Die Entwicklung verlief zum Teil nicht ganz erwartungsgemäss, und nur noch ein Betrieb konnte einen guten Arbeitsvorrat melden. Dies gilt auch für die Kapazitätsauslastung, die aber mit 83 Prozent im 3. Quartal 1995 immer noch über dem langfristigen Trend und auch über dem schweizerischen Durchschnitt lag.

Metallindustrie und -gewerbe. Auch in der Metallindustrie fand der Aufschwung des Vorjahres keine Fortsetzung. Der Geschäftsgang konnte sich jedoch, wenn auch bei gedrückten Margen, auf dem erreichten befriedigenden Niveau konsolidieren. Von einer Ausnahme abgesehen verfügten die Betriebe während des ganzen Jahres über einen erwarteten, guten Arbeitsvorrat, und auch die Kapazitätsauslastung lag mit 95 Prozent weiterhin deutlich über dem schweizerischen Niveau. Die Unternehmer gaben sich denn auch zuversichtlich, den gegenwärtigen Stand halten zu können.

Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Der Geschäftsgang des appenzellischen Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaus konnte nicht ganz an die guten Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen. Mit einer Kapazitätsauslastung von knapp 90 Prozent haben sich die Ergebnisse aber doch auf einem befriedigend hohen Niveau stabilisiert. Verantwortlich dafür waren einerseits die Abschaffung der *taxe occulte* auf Anfang 1995, was bereits im Vorjahr den Bestellungseingang anhob, und andererseits die Anzeichen eines Wirtschaftsaufschwungs in den Hauptabsatzländern. Gedämpft wurden diese positiven Aussichten wie in der Textilindustrie von der derzeit feststellbaren wirtschaftlichen Abkühlung im Inland und der exportbehindernden Stärke des Frankens, welche das Erzielen kostendeckender Preise erschwert. Noch keine Auswirkungen hatte der Beitritt der Schweiz zur neuen Welthandelsorganisation (WTO), dessen positive Effekte erst mittelfristig zum Tragen kommen dürften.

Elektronik, Elektrotechnik und Optik. Die Firmen dieser Branche zeichneten sich 1995 mehrheitlich ebenfalls durch einen befriedigenden, oft sogar guten Geschäftsgang aus. Dieser hatte sich im Verlaufe des Berichtsjahres zwar etwas verschlechtert, über die Hälfte der antwortenden Firmen verfügte aber doch über einen zumindest zufriedenstellenden Arbeitsvorrat. Zwar litten die dem globalen Wettbewerb ausgesetzten Betriebe dieses Industriezweiges ausgeprägt unter dem hohen Frankenkurs, sie unternahmen aber auch ausserordentliche Anstrengungen, um ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten zu können. Dafür sind sie allerdings auf ein nicht mehr steigendes Kostenniveau, eine preisgünstige und leistungsfähige Infrastruktur sowie auf gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angewiesen.

Baugewerbe. Nach der von tiefen Zinsen und preiswerteren Baukosten begünstigten Trendwende im Jahre 1994 konnte sich der Arbeitsvorrat im gesamten Bauhauptgewerbe im Berichtsjahr auf dem Vorjahresniveau halten. Der leicht gesunkene Rückgang beim Arbeitsvorrat im Hochbau und vor allem beim Wohnungsbau konnte im Appenzellerland durch eine Zunahme im Tiefbau weitgehend kompensiert werden. Dies zeigte auch der Geschäftsgang, der mehrheitlich als befriedigend beurteilt wurde. Dass jedoch weiterhin mit regionalen Kapazitätsanpassungen zu rechnen ist, zeigte der Auftragseingang, welcher insbesondere im Wohnungsbau eine stark rückläufige Komponente auswies. Insgesamt dürften die hohen Zuwachsraten des Vorjahres somit nicht mehr erreicht werden können, was nicht zuletzt auf das Auslaufen der Wohneigentumsförderungsmassnahmen per Ende 1994 zurückzuführen sein dürfte.

Tourismus. Der Rückgang der Übernachtungszahlen von 247 794 auf 223 612 konnte in Appenzell Ausserrhoden auch im Berichtsjahr 1995 nicht aufgehalten werden. Wie in der übrigen Schweiz nahmen die Schwierigkeiten, mit welchen die Hoteliers zu kämpfen hatten, weiterhin zu. Kostensteigerungen aufgrund neuer Gesamtarbeitsverträge, der Höhenflug des Schweizer Frankens und die Einführung der Mehrwertsteuer bildeten ein gleichzeitiges Zusammentreffen negativer Faktoren. Dazu kam, dass das Angebot an Billigreisen ins Ausland stark zunahm. Dies liess vor allem die Anzahl der Logiernächte deutscher Gäste, der mit Abstand wichtigsten Auslandkundschaft, um über fünf Prozent zurückgehen. Aber auch die Zahl der Inlandübernachtungen sank um mehr als zehn Prozent, so dass der erwartete Absatz, insbesondere im Beherbergungsbereich, weit unter den Erwartungen zurückblieb. Etwas weniger ausgeprägt war der Rückgang beim Tagestourismus, bei der Parahotellerie und bei den Kurbetrieben, wo im Gegensatz zu den 101 346 Übernachtungen im Jahre 1994 noch 92 521 Aufenthaltstage registriert wurden. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf die vielfältigen Qualitätsverbesserungen im Angebotsbereich, wo versucht wird, mit Trendsportarten, kulturellen Arrangements usw. das bestehende Grundangebot zu ergänzen und attraktiver zu gestalten.

Handel und übrige Dienstleistungen. Der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungsbereich lag in Appenzell Ausserrhoden im Berichtsjahr mit 55 Prozent deutlich tiefer als in der übrigen Schweiz (62 Prozent). Trotz diesem bereits tiefen Anteil fiel der Beschäftigtenrückgang mit 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr noch deutlicher aus als in den übrigen Kantonen (1,2 Prozent). Am stärksten betroffen waren der Gross- und Einzelhandel, die Versicherungen, das Gastgewerbe und die Banken, wogegen das Gesundheitswesen, die öffentliche Wohlfahrt, das Reparaturgewerbe und die persönlichen Dienste leicht zulegen konnten. Insgesamt vermochten sie aber den schlechten Auftragsbestand in der Industrie nicht zu kompensieren, so dass im Berichtsjahr beschäftigungsmässig ein Rückgang von 1,6 Prozent in Kauf genommen werden musste.